

Anfrage Broch Roland und Mit. über rechtliche und operative Rahmenbedingungen bei polizeilichen Verfolgungsfahrten

eröffnet am 23. Juni 2026

In verschiedenen Regionen der Schweiz ist in den vergangenen Monaten eine Zunahme organisierter Einbruchdiebstähle in Autoeinstellhallen, Garagenanlagen und Garagenbetrieben festzustellen. Medienberichte und Polizeimeldungen zeigen, dass Tätergruppen gezielt hochwertige Fahrzeuge entwenden und anschliessend mit hoher Geschwindigkeit die Flucht antreten. Dabei kommt es teilweise zu gefährlichen Polizeiverfolgungen mit erheblichen Risiken für die Bevölkerung sowie für die Einsatzkräfte.

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte müssen bei Verfolgungsfahrten und anderen dynamischen Einsatzlagen innert Sekunden weitreichende Entscheidungen treffen. Dabei stehen sie im Spannungsfeld zwischen Gefahrenabwehr, Verhältnismässigkeit und persönlicher Verantwortung. Angesichts zunehmend professionell agierender Tätergruppen stellt sich die Frage, ob die Polizei über ausreichende rechtliche und operative Rahmenbedingungen verfügt, um ihre Aufgaben wirksam und sicher erfüllen zu können.

Fokus:

- polizeiliche Handlungsfähigkeit,
- Verfolgungsfahrten,
- rechtlicher Schutz der Polizei,
- Einsatzregeln.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie häufig kam es im Kanton Luzern im Zusammenhang mit Fahrzeugdiebstählen, Einbruchdiebstählen oder vergleichbaren schweren Straftaten in den vergangenen fünf Jahren zu Verfolgungsfahrten der Polizei?
2. Nach welchen Kriterien entscheidet die Luzerner Polizei über die Aufnahme, die Fortführung oder den Abbruch einer Verfolgungsfahrt?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die rechtliche Situation von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei risikoreichen Verfolgungsfahrten?
4. Besteht aus Sicht des Regierungsrates genügend rechtliche Klarheit und Handlungssicherheit für Polizeikräfte, die unter Zeitdruck operative Entscheide treffen müssen?
5. Gab es in den vergangenen Jahren Fälle, in denen Luzerner Polizeikräfte nach Verfolgungsfahrten oder vergleichbaren Einsätzen mit juristischen Verfahren oder Haftungsfragen konfrontiert wurden?
6. Welche rechtlichen, organisatorischen oder versicherungsrechtlichen Schutzmechanismen bestehen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die rechtmässig handeln?
7. Welche Aus- und Weiterbildungen erhalten Polizeikräfte für Hochrisiko-Lagen und Verfolgungsfahrten?

8. Werden aus Sicht des Regierungsrates die heutigen rechtlichen Rahmenbedingungen den Herausforderungen durch organisierte und hochmobile Tätergruppen gerecht?
9. Sieht der Regierungsrat auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene Handlungsbedarf zur Verbesserung der Handlungssicherheit und des rechtlichen Schutzes von Polizeikräften?
10. Welche zusätzlichen Mittel oder gesetzlichen Anpassungen wären aus Sicht des Regierungsrates sinnvoll, um die Polizei bei solchen Einsätzen besser zu unterstützen?

Broch Roland

Oehen Thomas, Jost-Schmidiger Manuela, Jung Gerda, Affentranger David, Zehnder Ferdinand, Keller-Bucher Agnes, Küttel Beatrix, Kurmann Michael, Schnider-Schnider Gabriela, Piani Carlo, Boog Luca, Galliker Christian, Roos Guido, Schnider Hella, Graber Eliane, Schärli Stephan, Bucheli Hanspeter, Stadelmann Karin Andrea, Affentranger-Aregger Helen, Nussbaum Adrian, Marti Urs, Frey-Ruckli Melissa, Rüttimann Daniel, Brunner Rosmarie, Krummenacher-Feer Marlis